

Schöne Zeiten für Schlepper

Seit letzter Woche nimmt Deutschland keine Asylbewerber aus den Nachbarländern mehr auf – Folge des monatelang debattierten neuen Asylrechts. Menschenrecht-

ler fürchten, daß sich die Neuregelung auch gegen wirklich Verfolgte richtet. Sicherheitsexperten rechnen mit einer dramatischen Zunahme illegaler Grenzübertritte.

Im Städtchen des tschechischen Bürgermeisters František Barta ist allerehand Bewegung. Durch Jilové mit seinen 5000 Einwohnern ziehen Rumänen und Bulgaren, Roma und Chinesen, Ukrainer und Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien. Die Grenze zum reichen Nachbarn Deutschland verläuft nur ein paar Kilometer nördlich des Stadtkerns durch den Wald.

Für Bürgermeister Barta, 50, sind die Durchreisenden bisher „kein großes Problem“ gewesen. Nur für Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion, sagt

er, sei Tschechien „ein annehmbares Land“. Für die anderen sei es „hier zwar eine Stufe besser als zu Hause, aber noch nicht das, was sie wollen“. Das Ziel der meisten heißt Deutschland.

Doch die Bundesrepublik ist, seit Donnerstag voriger Woche, für Zuwanderer aus aller Welt schwerer zu erreichen als je zuvor.

Denn der Fluchtpunkt Deutschland wird abgeriegelt. Asyl, in den vergangenen Jahren Hoffnung für immer mehr Verfolgte und Verzweifelte,

Glücksritter und Abenteurer, ist seit dem Inkrafttreten der Grundgesetzänderung am 1. Juli nicht länger der Schlüssel für den freien Eintritt in die reiche Welt. „Seit null Uhr wird zurückgeschoben“, meldete am Stichtag die *Tageszeitung*.

Zwar bleiben die Grenzen offen, aber es darf nicht mehr jeder herein. Durch raffinierte Einschränkungen des vieltausendfach mißbrauchten Artikels 16 („Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“) sollen unerwünschte Gäste gar nicht erst ins Land gelangen.

Die am 28. Mai nach zähem Streit im Bundesrat verabschiedete Regelung schreibt vor, daß Asylsuchende ohne Anhörung zurückgewiesen werden können, wenn sie aus EG-Ländern oder anderen „sicheren Drittstaaten“ einreisen: Der Cordon sanitaire ist lückenlos, sämtliche Nachbarstaaten, auch Dänemark, Polen und die Schweiz, sind in die historisch beispiellose Pufferzone integriert.

Die neue deutsche Asylregelung hat europaweite Auswirkungen. Der Kontinent ist seit letzter Woche aufgeteilt in

- ▷ die „sicheren Herkunftsländer“ wie Rumänien, Bulgarien und Ungarn, die als „verfolgungsfrei“ gelten;
- ▷ die „sicheren Drittstaaten“ wie Polen, Tschechien, Österreich und die Schweiz, in denen laut Grundgesetz-Ergänzung die Anwendung der „Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten“ sichergestellt sein muß, und

* Am 1. Juli am Grenzübergang Zinnwald (Sachsen).

Abgefangener Immigrant*: Deutschland macht dicht

▷ die „Zielländer“ der Europäischen Gemeinschaft, allen voran Deutschland.

Theoretisch können Asylbewerber zwar gegen eine Zurückschiebung in ein sicheres Drittland klagen. Nur helfen wird ihnen das wenig – sie werden auf jeden Fall erst einmal abgewiesen. Deutschland macht dicht.

Wer aus einem als „verfolgungsfrei“ definierten Herkunftsland kommt, dazu werden derzeit auch Gambia, Ghana und Senegal gerechnet, entgeht nur dann der sofortigen Abschiebung, wenn nach einer Klage in einem verkürzten Verfahren bei Gericht „ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen“.

Der Parteien-Streit wird deshalb vorerst anhalten: Während Innenminister Rudolf Seiters (CDU) beteuert, „Deutschland ist und bleibt ein offenes Land“, befürchten Menschenrechtler die faktische Abschaffung des Asylrechts auch für wirklich Verfolgte.

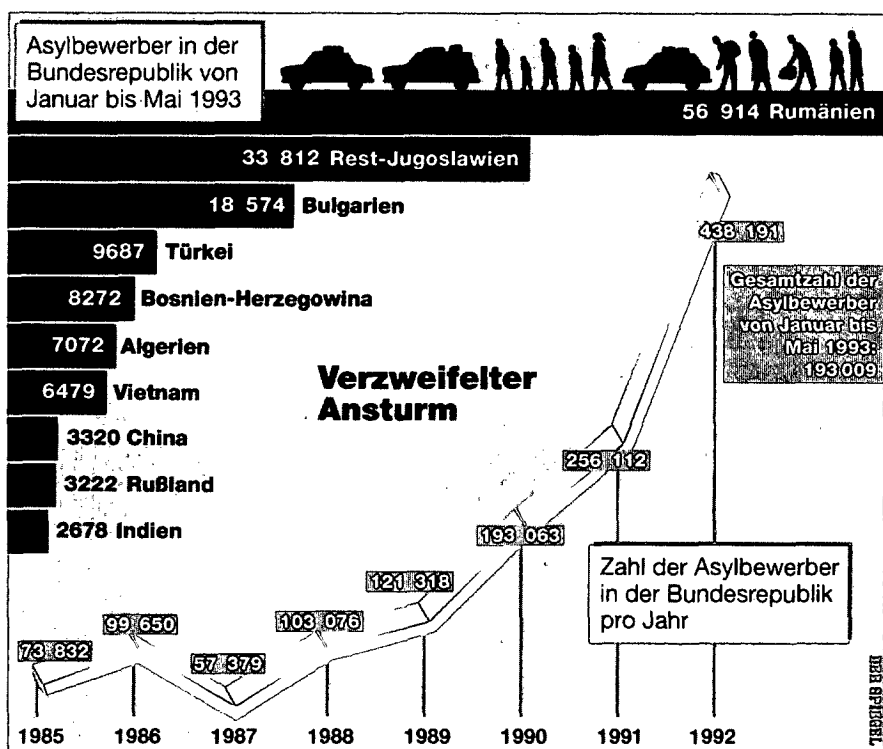
Der Sprecher der Hilfsorganisation „Pro Asyl“, Herbert Leuninger, warnt bereits vor einem „Zusammenbruch des internationalen Schutzes für Flüchtlinge“. Leuninger ruft zu „Kirchenasyl oder anderen Formen persönlicher Asylgewährung“ auf.

Walter Koisser, bis Mai dieses Jahres Vertreter des Uno-Hochkommissariats für Flüchtlinge in Bonn, klagt: „Das individuelle Grundrecht auf Asyl geht kaputt.“ Koisser fürchtet, „daß durch die restriktive Asylpolitik die Zahl der Zuwanderer wächst, die in die Illegalität abtauchen“.

Asyl ist seit dem 1. Juli in Deutschland nur noch mit Mühe zu erlangen. Nur wer unmittelbar mit dem Schiff oder mit dem Flugzeug aus einem Land kommt, das weder als „sicherer Drittstaat“ noch als „sicheres Herkunftsland“ gilt, hat jetzt noch eine legale Chance. Wichtigster Zugang wird deshalb wohl der Frankfurter Flughafen werden, Deutschlands größter Airport, über den schon jetzt ein erheblicher Teil aller Asylbewerber einreist. Dort allerdings waren die Beamten auf die neue Rechtslage noch nicht vorbereitet: Statt die Immigranten aus sicheren Herkunftsländern am Flughafen festzuhalten, gelangten Ende letzter Woche die meisten Ausländer ungehindert ins Land.

Auf dem Landweg haben Zuwanderer nur dann eine Chance, wenn sie sich nicht um die Gesetze kümmern. Heinz Heldmann, Vize-Chef beim Bundesgrenzschutz (BGS) in Frankfurt/Oder, nimmt an: „Durch das neue Gesetz werden die nächtlichen Grenzübertritte wohl wieder zunehmen.“

In den letzten Jahren ist die Zahl der Übertritte an der grünen Grenze massiv gestiegen – insbesondere an der Trennlinie zu Polen und Tschechien, den Län-



dern, durch die zuletzt die meisten der Migranten nach Deutschland gelangten.

„Schöne Zeiten für Schlepper“ sieht ein Asylfachmann des sächsischen Innenministeriums heraufziehen. Seine Begründung: „Jetzt macht es eigentlich zum erstenmal richtig Sinn, illegal einzureisen.“

Der Grund: Zuwanderer, die im Landesinneren aufgegriffen werden, müssen zwar generell in ihr letztes Transitland zurückgeschoben werden. Wer aber die Aussage verweigert, aus welchem Land er eingereist ist, und weder durch Reisedokumente und Fahrkarten noch Geld seinen letzten Aufenthalt verrät, kann nicht einfach den Behörden des nächsten Nachbarlandes überstellt werden, sondern rutscht ins verkürzte Asylverfahren.

Die Lage an der deutschen Ostgrenze war letzte Woche nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes kaum anders als zuvor. Hans Föckler, 53, Einsatzleiter an der sächsisch-tschechischen Grenzschutzstelle Geising, verzeichnete in der Nacht zum 1. Juli insgesamt 14 Aufgriffe – für Föckler „nichts Besonderes“. Asyl begehrte niemand; die letzten, die diesen Antrag gestellt hatten, waren drei Afghanen Ende Mai gewesen.

Ungewohnte Verhältnisse wurden vergangene Woche lediglich an den tschechischen Grenzübergängen nach Bayern registriert. Weil insbesondere Pendler bei der Einreise verschärft kontrolliert wurden, dauerte die Abfertigung bis zu einer Stunde, etliche Tschechen kamen verspätet zur Arbeit.

Die Lage an der Grenze zu Polen und Tschechien ist dennoch weiterhin prekär. Innenminister Seiters mahnt, daß „dort

die Anforderungen an die Grenzpolizei künftig noch deutlich zunehmen“ werden. Die Mannstärke der BGS-Trupps im Osten ist bereits gegenüber dem Vorjahr auf rund 3200 verdoppelt worden, zur weiteren Verstärkung werden insgesamt 1700 Hilfskräfte ausgebildet.

Technische Aufrüstung steht bevor. Nach mehrmonatiger Erprobung von Radargeräten und Wärmebildkameras, teils aus Beständen der Nationalen Volksarmee der DDR, soll die elektronische Grenzüberwachung von August an komplettiert werden. Außerdem will der BGS rund 200 Dienststunde gegen illegale Grenzgänger einsetzen.

Vor neuen Problemen stehen auch die Justiz- und Polizeibehörden der Länder, die eine erheblich ansteigende Zahl von Abschiebungen bewältigen müssen – in der Abschiebehafte sind kaum irgendwo noch Zellen frei (siehe Seite 20).

Herbert Spang, Referatsleiter Verbrechensbekämpfung im sächsischen Landespolizeipräsidium, sieht seine Behörde vor einer „nie dagewesenen Aufgabe“. Um die von Spang geschätzten 6000 bis 9000 Abschiebungen in diesem Jahr bewältigen zu können, sind drei „Abschiebegruppen“ zu je 15 Polizisten gebildet worden, ausgestattet mit jeweils einem „Abschiebebus“.

Im Ausland fand die Debatte über die deutsche Asylpolitik ein geteiltes Echo. Das alte Asylrecht, das „Fluten von Flüchtlingen durch Deutschlands weitgeöffnete Tore strömen ließ“, habe sich als „Rezept des Chaos“ erwiesen, urteilte verständnisvoll das US-Nachrichtenmagazin *Newsweek*. Die Welt

„Das schlägt uns überm Kopf zusammen“

Die Länder sind auf die Massenabschiebung illegaler Zuwanderer nicht vorbereitet



Abschiebehäftlinge in Frankfurt: Verwahrt wie Schwerverbrecher

Die Flucht ins deutsche Wohlstandsparadies führt oftmals geradewegs in dessen finsterste Kerker: Wenn Bremer Polizisten einen illegal eingereisten Ausländer aufgreifen, bringen sie ihn meist in die Osterwache, einen Bau aus den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts.

In dem berüchtigten Gemäuer, wo während der Nazi-Zeit politische Häftlinge darbt, erleben die Ausländer einen Gefängnisalltag, den es so eigentlich gar nicht mehr geben dürfte: Die Zellen sind in einem erbärmlichen Zustand. Vier Menschen müssen sich einen engen Raum teilen, die offene Toilette steht in der Mitte. Die Lüftung ist schlecht, die Verpflegung unzureichend. Nicht einmal der tägliche Hofgang werde vorschriftsmäßig gewährt, obwohl die Ausländer oft monatelang auf ihre Abschiebung warten müssen, berichten Polizisten.

Wie Bremen sind auch andere Bundesländer mit der massenhaften Unterbringung von Abschiebehäftlingen derzeit hoffnungslos überfordert. Die Gefängnisse sind überfüllt, allerorten mangelt es an Personal. Vielerorts müssen längst stillgelegte Knäste wieder in Betrieb genommen werden.

In Niedersachsen können die Anstaltsleiter seit Anfang März die Aufnahme von Abschiebehäftlingen verweigern, weil die Gefängnisse bereits bis zu 30 Prozent überbelegt sind. Teil-

weise lagern Ausländer, die im Schnitt einen Monat hinter Gittern auf ihren Abtransport warten, auf den Fluren, einige müssen auf dem Boden schlafen. Dolmetscher fehlen, etliche Inhaftierte haben Probleme mit der Zellenkost.

„Die Entwicklung bei der Abschiebehäft schlägt uns überm Kopf zusammen“, mahnt Niedersachsens Justizministerin Heidi Alm-Merk (SPD). Ministerialbeamte halten die Zustände schlicht für „rechtswidrig“.

Immer wieder brechen Häftlinge aus, weil die Aufsicht unzureichend ist. Im Juni kratzten sich in Kassel vier In der mit Eisenstange und Eßbesteck durch eine 60 Zentimeter dicke Zellenwand.

Neue Sammelager, die derzeit in alten Kasernen oder auf der grünen Wiese in Hessen, Niedersachsen oder Baden-Württemberg entstehen, werden erst im nächsten Jahr Entlastung für die überfüllten Knäste bringen – wenn überhaupt. Denn vielerorts regt sich erbitterter Bürgerwiderstand gegen die geplanten Lager.

Obwohl sie zumeist nur das Aufenthaltsrecht gebrochen haben, werden die Ausländer gehalten wie Schwerverbrecher. Zelle an Zelle mit Gewalttättern warten sie auf ihre Abschiebung. Einige werden im Hochsicherheitsstrakt festgehalten, so in Celle, oder in Stationen für Drogenabhängige gesteckt. „Eine humane Unterbrin-

gung“, warnte bereits im März Justizministerin Alm-Merk, „ist nicht mehr gewährleistet.“

Im Abschiebeknast werden Frauen von ihren Kindern getrennt, Familien zerrissen. Tumultartige Szenen erlebte der Leiter des Frauengefängnisses in Halle, Frieder Samleben, als Roma-Großfamilien getrennt wurden.

Zoff ist in den Abschiebeanstalten an der Tagesordnung. Alt-Häftlinge sind wütend, weil „Schüblinge“ (Justiz-Jargon) wegen der Raumnot selbst noch in die Aufenthaltsräume gesteckt werden. Die Ausländer wiederum packt nicht selten rasende Verzweiflung: „Da gibt es Leute, die rennen so oft mit dem Kopf gegen die Wand, bis sie umfallen“, berichtet der sächsische Justizminister Stefan Heitmann (CDU), „wir kommen an die Grenze des Machbaren.“

Die könnte bald schon überschritten sein. Denn aufgrund des neuen Asylrechts erwarten Experten einen sprunghaften Anstieg der illegalen Einwanderung – und damit eine Vervielfachung der Abschiebefälle.

Allein die niedersächsische Landesregierung rechnet in diesem Jahr mit 3000 bis 4000 Abschiebungen, im nächsten Jahr sogar mit bis zu 8000. Jeder zweite illegale Zuwanderer muß in Haft genommen werden. Anders ist die Abschiebung nicht durchzusetzen.

Grundsätzlich sieht das Gesetz Haft vor, wenn Gefahr besteht, daß ein Ausländer sich durch Flucht der Abschiebung entzieht. Ein Mindestalter gibt es nicht. So wurden in Niedersachsen noch im vergangenen Herbst junge Mütter mit ihren Säuglingen in die Justizvollzugsanstalt für Frauen in Vechta eingewiesen. Inzwischen allerdings kümmern sich die Jugendämter um die Kinder.

Einige Richter kennen keine Gnade, wenn es um die Abschiebung von Ausländerkindern geht. Im Februar ordnete ein Hildesheimer Amtsrichter eine dreimonatige Haft für einen 14 Jahre alten kurdischen Jungen an, der angeblich untertauchen wollte.

Letzten Monat hob das Landgericht die Anordnung wieder auf und rügte die Gefangennahme: „Völlig unangemessen.“

müsse erkennen, daß die Bundesrepublik „nicht jedesmal, wenn sie jemanden abschiebt, Nazi-Rassismus wiederholt“.

In den osteuropäischen Transitländern dagegen überwog Skepsis. Bei einer Abstimmung über den deutsch-polnischen Asylvertrag vom Mai dieses Jahres im Warschauer Parlament billigte nur eine Minderheit der Abgeordneten das Verhandlungsergebnis. Ein Sprecher der Bauernpartei monierte: „Die Deutschen behandeln Polen wie einen Gepäckaufbewahrungsraum.“

Der trotz des Negativ-Votums gültige Vertrag sieht unter anderem vor, daß Deutschland bis Ende nächsten Jahres für den Aufbau der polnischen Asyl- und Grenzverwaltung 120 Millionen Mark überweist; 40 Millionen werden in diesen Tagen in Warschau eintreffen.

Das polnische Flüchtlings- und Migrationsbüro hält derzeit zwei Flüchtlingslager für rund 1000 Menschen bereit. Für aus Deutschland abgeschobene Zuwanderer liegen dem Büro Angebote von etwa 200 Erholungsheimen und Pensionen vor. Daß viele der Zurückgewiesenen Asyl in Polen beantragen werden, gilt als unwahrscheinlich – bisher hat es keinen einzigen Antrag gegeben.

Ein deutsch-tschechisches Abkommen nach dem Vorbild der Vereinbarung mit Polen ist trotz langer Verhandlungen noch nicht unterschriftsreif. Strittig ist insbesondere die Frist, binnen deren ein Zuwanderer maximal aus Deutschland zurückgeschickt werden kann – die Tschechen wollen sie auf sechs Monate nach Grenzübertritt, die Deutschen auf sechs Monate nach Aufgriff durch BGS oder Polizei festlegen.

Als Sonderproblem plagt die Tschechen die offene Grenze zum neuen souveränen Nachbarn Slowakei. Während die Tschechen die 240 Kilometer lange Trennlinie möglichst streng kontrollieren wollen, um den Zustrom aus dem Osten in ihr Land zu drosseln, haben die Slowaken die Verhandlungen immer wieder verschleppt – einen Stau von Flüchtlingen im eigenen Land hoffen sie auf diese Weise verhindern zu können.

Durch die Prager Bemühungen, die neue Grenze nach Osten zu sichern, ist auch der Aufbau der Grenzüberwachung zu Deutschland ins Stocken geraten. Auf einem 150 Kilometer langen Abschnitt in Nordböhmen tun gerade mal 180 Grenzpolizisten Dienst, die zudem noch allgemeine Polizeiaufgaben wahrnehmen müssen.

Daß die Grenze porös bleibt, nehmen die Tschechen gelassen hin. Der Grenzpolizei-Kommandant am Übergang Folmava sieht gegen illegale Einwanderer und Schlepper keinerlei Handhabe: „Hier im Böhmerwald haben die Bewohner seit Jahrhunderten geschmuggelt – früher Tabak und Salz, jetzt eben Menschen.“



Parteireformer Scharping: „Mehr Abstimmung, mehr Klarheit“

Ein neues Godesberg

SPD-Chef Rudolf Scharping will seine Partei auf einen neuen Kurs bringen. Schon beim Wiesbadener Parteitag im November sollen die Genossen Uno-Kampfeinsätzen der Bundeswehr, polizeilichen Lauschangriffen und Sparmaßnahmen bei Sozialleistungen zustimmen. Viele Sozialdemokraten rechnen mit einem programmatischen Neuanfang wie im Jahr 1959.

Es sollte ein großes Fest werden. Der ordentliche Parteitag der SPD im November, sechs Wochen vor dem Start ins Superwahljahr 1994, war als Treffen zur Huldigung des Vorsitzenden geplant, der damals noch Björn Engholm hieß.

Einigkeit, so die Vorgabe des Präsidiums, sollten die Sozialdemokraten den Wählern demonstrieren. Tabuthemen waren streng verboten, nur kein Streit.

Doch nun kommt alles anders. Der neue Chef Rudolf Scharping hat Zoff statt Zirkus aufs Programm des Wiesbadener Parteitags gesetzt.

Helmut Kohls designierter Herausforderer will den Konvent in der Wiesbadener Rhein-Main-Halle zu einem der vielleicht wichtigsten sozialdemokratischen Programmparteitage der Nachkriegszeit umfunktionieren. Mit dem 40-Prozent-Votum der Mitglieder im Kreuz versucht Scharping, in kürzester Zeit personell und inhaltlich alles festzuklopfen, was der Kieler Vorgänger Engholm zwei Jahre lang schleifen ließ.

Beim ersten Auftritt in der Bonner Fraktion demonstrierte der SPD-Chef am Dienstag voriger Woche seinen Führungsanspruch. Der machtbewußte Kanzlerkandidat versucht von vornher-

ein zu vermeiden, daß es ihm ergeht wie seinen Vorgängern Johannes Rau und Oskar Lafontaine: Kaum waren seinerzeit beide als Kandidaten ausgerufen, da wurden sie und ihre politischen Absichten auch schon in der Fraktion diskutiert.

Konkreter und drohender als in seiner langweiligen Essener Rede diktierte Scharping den Abgeordneten seine Ansprüche: Er verlangte „mehr Abstimmung“, vor allem aber „mehr Klarheit in den Zielen“.

Wenn die SPD in Wiesbaden nicht vorbehaltlos seinen Kurs unterstütze, warnte Scharping die Genossen, bestehe die Gefahr, daß die Partei 1994 die Macht „auf falscher Grundlage“ antrete. Dann werde sich „eine so bittere und nachhaltige Enttäuschung einstellen, daß eine langfristige sozialdemokratische Perspektive sofort zu Beginn beschädigt“ würde.

„Das muß und wird der Parteitag sein, der alles wegräumt, was uns im Jahre 1994 noch behindern kann“, prophezeit Günter Verheugen, parlamentarischer Geschäftsführer der Oppositionsfraktion und Scharpings Favorit als Bundesgeschäftsführer der SPD. Andernfalls diskutierten die Genossen